

weiterführende Nr. 18
 Niedereimer
 (Nähe Altmarkt)
 Uhr abends:
 Februar-Programm
 Kolonialwaren,
 eine Wurst, Kon-
 und Kaffee
 billigsten Preisen
 aa Weinert
 seldorfer Str. 39
 g Schlachtleist!
 s Kändler
 Freiburger Str.
 // gegründet 1883
 nämliche Sportartikel,
 schnell u. fachmännisch
 n / Leichtathletik
 Sportfiguren
 r Hirsch
 hna
 Sonntag
 Me Bollmuff!!
 kalien, Farben,
 e, Pinsel, Nähr-
 teartikel, Ver-
 Gummiwaren,
 Ornamentglas,
 Maschinenöle,
 rbid
 Mesner
 en (Stich, Wolf)
 idt Kopie
 Sonntag
 hmer Ball
 ffige Hausarbeit
 Mag. W. n. Franz.
 Achtung
 strickwesten sowie
 n, nur beste Quali-
 bekommen Sie bei
 zower
 are Burgstr. 3
 y gestattet!
 rno Ritter
 it sich zur
 in Herren- und
 e nur nach Maß.
 Zutat zur Verarbeit-
 von 40 Stück
 gefastet. Karte gefälligst
 me Dana.
 esdmer Str. 18
 KENTRALE
 e Straße 39
 Hosen, Kleider, Herren-
 Bekleidern, Sula usw.
 billis
 ersdorf
 ilk
 Blum und Frau
 Birna
 aus
 hen
 Ball
 la Kapelle

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
 Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (bei Haus 2 RM., halbjährlich 10 RM.); durch die Post bezogen monatlich 3 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Mittelbühnenstr. 2 / Fernsprech-Gammlinien 17259 / Postfachpost Dresden Nr. 13355, Emil Schlegel-Str. 17 / Fernsprech: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtnachricht: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechtunden der Geschäftsleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabenden)

2. Jahrgang Dresden, Montag den 1. März 1926 Nummer 50

Heraus zum Volksbegehren!

Keine Hand voll deutscher Erbe, keinen Ziegelstein, keinen Pfennig den Fürsten!

Arbeiter, Arbeiterfrauen, Angestellte und Beamte! Opfer des Krieges und der Arbeit! Werktätige in Stadt und Land!

Kampf dem Steuerraub!

Die Eintragungssfrist für das Volksbegehren ist vom 1. März bis einschließlich 17. März 1926. Das Volksbegehren ist die erste Abstimmung zur Durchföhrung des Volkenscheides für die entschiedene Forderung der früheren Fürsten, das gemeinsame mit der kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei und dem Ausschuss für Fürsteneinteilung (F. K. Ausschuss) eingereicht worden ist.

werden geführt von den Reichs- und Landesregierungen, von vielen Gemeindebehörden und Kreisbezirken, die selbst die gesetzlichen Bestimmungen und die Beschlüsse der Weimarer Verfassung offen brechen. Besonders auf dem Lande werden sie die Aufhebung der Pfänder zu verhindern suchen und die werktätigen Bauern und Landarbeiter von der Eintragung abhalten. Diesen Saboteuren des Volkswillens muß eine klare und unzweideutige Antwort gegeben werden.

Von Luther emanierend, legen die reaktionären Parteien dem Volksbegehren für Fürsteneinteilung die freche Sabotage und den brutalsten Terror entgegen. Luther-Regierung und bürgerliche Parteien wollen unter allen Umständen den Fürsten die erhobenen Ansprüche von etwa 3 Milliarden Mark voll durchsetzen. Diese Werte sollen den Fürsten ausgeliefert werden, obwohl das bedeutet, daß die Steuern für die Arbeitenden immer mehr hochgeschraubt werden müssen, obwohl das den Ruin Tausender von Kleinbauern bedeutet. Aus dem Rheinland werden bereits Verweissungspatitionen der ruinirten Wäner gemeldet, doch trotzdem will Luther nicht die Steuerlasten der Kleinbauern erleichtern, sondern den Fürsten Milliarden geben. Die Milliardenansprüche der Fürsten sind kein Pappenstiel. Die geforderten Werte sind höher als die Jahressumme der Lohnsteuer, die aus der gesamten Arbeiterschaft herausgeschleudert wird. Dabei ist die Belastung gerade der Hungernden Arbeiter, Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden schon so erdrückend, daß viele Last unter allen Umständen abgebaut werden muß. Es wäre möglich, die Lasten für die Arbeitenden zu verringern, den Erwerblosen eine menschenwürdige Unterstützung zu gewähren, doch die Luther-Regierung hat nur Verständnis für die Ansprüche der Fürsten und der Kapitalisten. Ein Blick auf die Steuerpraxis des Reiches ergibt ein geradezu aufzeihendes Bild.

Für die Durchführung des Volksbegehrens sind an die Stadt- und Landgemeinden und die Gebietsbezirke Eintragungslisten peranzuhelfen. Die Städte- und Landgemeinden, alle Gebietsbezirke sind gesetzlich verpflichtet, während der Eintragungssfrist die Eintragungsslisten öffentlich auszuliegen. Die Zeit der Eintragung und die Auslegung der Listen muß von den Gebietsbehörden öffentlich bekanntgemacht werden.

Ein Massenaufruf der Arbeiter, Angestellten, Beamten, werktätigen Bauern und Landarbeiter, der Kleinbürger und Intellektuellen — des ganzen werktätigen Volkes muß die Antwort sein. Keine Handvoll deutscher Erbe, keinen Ziegelstein, keinen Pfennig den Fürsten! Das Land den werktätigen Bauern und Fleblern, die Schilfer als Erbschaftsheimen den Kindern und Kranken, das Geld den Opfern des Krieges und der Inflation und den Arbeitslosen!

Das ist der Wille des Volkes, der verwirklicht werden muß und der Geseh wird, wenn das Volk seine ganze Kraft gegen die juristischen Räuber und ihre Parteien in Deutschland aufbietet. Der erste Schritt auf diesem Wege ist, daß die Millionen Werktätigen sich in die Listen zum Volksbegehren eintragen.

Die von Raubzug der Fürsten am deutschen Volke erhobenen Forderungen, Millionen folgen uns, wenn wir die Volkseinteilung fordern. Millionen müssen sich einmühen, damit der Wille des Volkes sichtbaren Ausdruck findet.

Der Reichstag und die Reichsregierung werden trotz Volksbegehren und Volkenscheid die Eintragung der Fürsten mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Die Luther-Regierung hat bereits offiziell erklärt, daß sie nicht für die Fürsteneinteilung ist, doch sie gegen den Volkenscheid ist. Sie will die Ansprüche der Fürsten voll und ganz durchsetzen.

Das ist der Wille des Volkes, der verwirklicht werden muß und der Geseh wird, wenn das Volk seine ganze Kraft gegen die juristischen Räuber und ihre Parteien in Deutschland aufbietet. Der erste Schritt auf diesem Wege ist, daß die Millionen Werktätigen sich in die Listen zum Volksbegehren eintragen.

Die juristischen Räuber — getrieben der Tradition ihrer Väter, der Raubritter — kündigen offen und frontal an, daß sie nicht um „Haarsbreite“ von ihren Forderungen ablassen werden. Ihre „Abfindungs“-Forderungen, die das deutsche Volk belegen soll, betragen alles in allem über 3.000.000 Millionen — also 3 Milliarden Mark! Es gibt in Deutschland Parteien, die es wagen, diese unermesslichen Forderungen der Fürsten zu unterstützen. Sowohl die Volkspartei, wie die Deutschnationale Partei, die Volkspartei und das Zentrum helfen sich gegenseitig, die Fürsten. Die Demokratische Partei wagt zwar nicht, die Forderungen der Fürsten anzuerkennen, lehnt aber auch den Mut nicht auf, sich dem Volkenscheid anzuschließen.

Die kommunistische Partei Deutschlands als die Partei des werktätigen Volkes, der Ausgebeuteten in Stadt und Land, hat den Kampf gegen die Ausplünderung Deutschlands durch die ehemaligen Fürsten eingeleitet. Millionen Werktätiger, Angestellte und Beamte, breite Schichten des Mittelstandes und der werktätigen Bauern haben sich dem Kampf der kommunistischen Partei angeschlossen. Weder in Stadt und Land, haben sich unter Führung der kommunistischen Einheitskomitees gebildet, in denen sich kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter gemeinsam mit Angehörigen des Mittelstandes und der werktätigen Bauern zusammenschlossen haben, um den Volkenscheid gegen die Sabotage der monarchistischen Reaktionen und der reaktionären Behörden durchzuführen.

Das ist der Wille des Volkes, der verwirklicht werden muß und der Geseh wird, wenn das Volk seine ganze Kraft gegen die juristischen Räuber und ihre Parteien in Deutschland aufbietet. Der erste Schritt auf diesem Wege ist, daß die Millionen Werktätigen sich in die Listen zum Volksbegehren eintragen.

Dieselben Parteien, die für den Aufwertungsbeitrag, für den ungeheuren Zoll- und Steuerraub, die für die Massenausplünderung des deutschen Volkes verantwortlich sind;

Dort, wo noch keine Einheitskomitees bestehen, müssen sie sofort gebildet werden.

Man vergleiche die Steigerung der Reichsteuern, wie sie sich in den ersten zehn Monaten dieses Steuerjahres, d. h. bis zum 31. Januar 1926, gestaltet hat:

Dieselben Parteien, die im Reichstag jede Erhöhung der Unterstützung für die Erwerblosen ablehnten;

Sie müssen die Träger einer breiten unüberwindlichen Abwehrfront nicht nur gegen den Raubzug der Fürsten, sondern auch gegen die vom Unternehmertum unter der Parole „Nationalisierung der Wirtschaft“ eingeleitete Unternehmeroffensive werden.

Die Gesamtsumme der Steuern war auf 6,770 Milliarden, also um anderthalb Milliarden, erhöht worden. Und selbst diese ungeheure Summe wurde noch durch die wirkliche Einnahme an Massensteuern übertroffen!

Dieselben Parteien, die den werktätigen Bauern, Landarbeitern und Siedlern durch den Steuerraubzug unerhörte Lasten auferlegten;

Gegen die schwarze Front der monarchistischen Reaktion und der kapitalistischen Ausbeuter muß die rote Front der Ausgebeuteten und Notleidenden, der Werktätigen in Stadt und Land ertönen.

Man vergleiche man ferner die Senkung folgenden Reichsteuern:

Dieselben Parteien, die für den ungeheuren Mietwucher die Verantwortung tragen,

Im Zeichen dieser Front müssen in der Zeit vom 4. bis 17. März die Millionen der Entschulten und Geknechteten, der Werktätigen in Stadt und Land aufmarschieren und sich in die Listen für das Volksbegehren einzeichnen!

Dieses Zurückbleiben der Einnahmen aus den Reichsteuern bei gleichzeitiger ungeheurerlicher Anleihen der Steuereinnahmen aus der Massenbelastung ist auf drei Ursachen zurückzuführen: 1. die Senkung der Reichsteuern, die im vergangenen Sommer von der Luther-Schlieben-Regierung vorgenommen wurde; 2. die Praxis der Steuerbindung und des Nachlassens von Steuern, die von der Regierung den Kapitalisten gegenüber gehandhabt wird; 3. die ungeheuerlichen Steuerhinterziehungen des Sozialstaats und der Erbschaftsteuer, die ja auch von der Reichsregierung zugegeben werden mußten.

Dieselben Parteien, die die unteren und mittleren Beamten hungern lassen,

Brecht den Terror der monarchistischen Reaktion! Befehdet durch Einzeichnung in die Listen für das Volksbegehren den Willen zum geschlossenem Kampf gegen die weitere Ausplünderung des deutschen Volkes!

Die Forderungen der Kommunisten bei den Steuerkämpfen des vergangenen Sommers bewegten sich daher in folgender Richtung: Abschaffung der erdrückenden Massensteuern — scharfe Erhöhung der Reichsteuern — Bekämpfung der Steuerfabrikation der Reichsteuern durch Offenlegung der Steuerlisten, sorgfältige

Die Parteien der Fürstentum gehen mit rückwärtsgehendem Terror gegen die Anhänger der Einzeichnung vor. Sie

Das werktätige Volk hat kein Vertrauen zu den deutschen Richtern. Sie sind es gewesen, die schon bisher in allen Abfindungs- und Aufwertungsprozessen nur die Interessen der Fürsten wahrgenommen haben. Sie sind es gewesen, die Tausende von Arbeitern ins Gefängnis und ins Arbeitshaus warfen, während sie die Arbeitermörder freigesprochen haben. Sie sind es gewesen, die sich schuldig machten, die Offiziere der schwarzen Reichswehr stellen, die nicht die wirklichen Fememörder verurteilten, sondern nur ihre Werkzeuge.

Das werktätige Volk hat kein Vertrauen zu den deutschen Richtern. Sie sind es gewesen, die schon bisher in allen Abfindungs- und Aufwertungsprozessen nur die Interessen der Fürsten wahrgenommen haben. Sie sind es gewesen, die Tausende von Arbeitern ins Gefängnis und ins Arbeitshaus warfen, während sie die Arbeitermörder freigesprochen haben. Sie sind es gewesen, die sich schuldig machten, die Offiziere der schwarzen Reichswehr stellen, die nicht die wirklichen Fememörder verurteilten, sondern nur ihre Werkzeuge.

Berlin, den 27. Februar

Zentralkomitee der KPD.
(Sektion der III. Internationale)